

# I-2

**Titel** Klare Kante gegen den Angriffskrieg – Eindeutige Position in der Türkeiipolitik – Jetzt

**Antragsteller\*innen**

**Adressat\*innen**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Klare Kante gegen den Angriffskrieg – Eindeutige Position in der Türkeiipolitik – Jetzt

1 Deutschland und die Türkei verbindet eine gemeinsame Historie und noch heute zeigen die vielen Menschen,  
2 die sowohl die Türkei als auch Deutschland als ihre Heimat ansehen, die Verbindung der beiden Länder. Wir  
3 bekennen uns zur Verantwortung die Kinder und Enkel der ehemaligen Gastarbeiter\*innen, die integrierter  
4 Bestandteil unseres Landes sind, in ihrem Kampf gegen Diskriminierung zu unterstützen und zudem für eine  
5 aktive Völkerverständigung zwischen der türkischen und der deutschen Nation einzustehen. Eine Verbindung  
6 zum türkischen Volk muss aber auch eine klare Ablehnung des aktuellen türkischen Regimes bedeuten, denn  
7 Millionen Menschen, die auf dem Staatsgebiet der Türkei oder in direkter Nachbarschaft leben, leiden am  
8 meisten unter den Praktiken des türkischen Präsidenten Erdogan und seines Regimes. Die Erpressung der  
9 Nato-Staaten seitens der Türkei, die einem Beitritt Schwedens und Finnlands nur deshalb zustimmte, weil  
10 umfassende Zugeständnisse an die Türkei und ihre autoritären und völkerrechtswidrigen Praktiken gemacht  
11 wurden, zeigt einmal mehr, dass es eine neue und klare Türkeiipolitik braucht, die sich klar für Menschenrechte  
12 und gegen kriegsrische und autoritäre Handlungen einsetzt. Während die beiden skandinavischen Länder aus  
13 berechtigten Sorgen um ihre Sicherheit, wegen des russischen Angriffskrieges, den Schutz der Nato suchen,  
14 opfert eben jenes Verteidigungsbündnis, das sich als Behüter von liberalen Werten und Demokratie sieht, die  
15 Sicherheit der Kurd\*innen und billigte den türkischen Angriffskrieg gegen ein unschuldiges Volk.

16 Die Türkei, die 2005 zum EU-Beitrittskandidaten erklärt wurde, hatte seit 2002, dem Beginn der Regierung der  
17 islamisch konservativen AKP zuerst eine Verbesserung der Menschenrechte gezeigt. Im Freedom House Index,  
18 der von 1 (gut) bis 7 (schlecht) die Menschenrechtslage einschätzt, machte sei einen Schritt von 4,5 (2002) bis  
19 auf 3 (2005), was den Beginn der Beitrittsprozesse ermöglichte. Nachdem dieser allerdings schleppend verlief,  
20 verschlechterte sich die Lage und die Türkei fiel nach den brutal niedergeschlagenen Gezi-Protesten auf 3,5  
21 (2013) und den radikalen Konsequenzen aus dem gescheiterten Putsch 2016 sogar auf 5,5 (2017).

22 Neben der Unterdrückung von Pressefreiheit, Oppositionsrechten, der LGBTIQ-Community und  
23 Frauenrechten, der Behördenwillkür nebst Foltervorwürfen und der inhumanen Behandlung von  
24 Geflüchteten, ist diese Verschlechterung der Menschenrechte an der Behandlung der kurdischen

25 Minderheit deutlich zu erkennen. Das kurdische Volk erhielt nach dem ersten Weltkrieg und der Auflösung des  
26 osmanischen Reiches kein eigenes Staatsgebiet, sein Siedlungsgebiet wurde stattdessen auf die Türkei, Syrien,  
27 den Irak, den Iran und Armenien aufgeteilt. In allen Ländern, besonders in der Türkei, kämpften Kurd\*innen  
28 seitdem für mehr Autonomierechte – teilweise auch für Unabhängigkeit. Die Türkei bekämpfte die Bestrebun-  
29 gen seit ihrer Gründung radikale, unabhängig davon, ob westorientiert säkulare, islamisch konservative oder  
30 militärische Kräfte das

31 Land regierten. Kurd\*innen wurde über Jahrzehnte unterdrückt, erfuhren jedoch unter Recep Tayyip Erdo  
32 an anfänglich tatsächlich Liberalisierungen in Sprache, Bildung, Religion und politischer Beteiligung und es  
33 wurden sogar Friedensverhandlungen aufgenommen. Ab 2013 wurden Kurd\*inne jedoch wieder mit harten

34 Repressionen belegt, wodurch die zuvor gewährten Rechte mehr als revidiert wurden und es zu Parteiverbo-  
35 ten, Verhaftungen von Abgeordneten der kurdischen HDP, Absetzung demokratisch gewählter Bürgermeister  
36 und Verboten von Medien, Zeitungen und Einrichtungen kam. Die Friedensgespräche wurden einseitig aufge-  
37 kündigt und die Regierung Erdogan ging militärisch gegen die kurdischen Gebiete vor, flog sogar Luftangriffe  
38 und stellte ganze Dörfer wochenlang unter Hausarrest. Die Versorgungslage in den kurdischen Gebieten ist  
39 deutlich schlechter als die in der übrigen Türkei, Behördenwillkür ist an der Tagesordnung, demokratische  
40 Teilhabe unmöglich.

41 Doch nicht nur innerhalb der Türkei gehen Sicherheitskräfte radikal und gewalttätig gegen

42 Kurd\*innen vor: Seit der Gründung der Türkei unter Mustafa Kemal "Atatürk" gilt als erklärtes Staatsziel, ein  
43 unabhängiges Kurdistan zu verhindern, um eigene territoriale Interessen zu bewahren. Der Türkische Staat be-  
44 kämpft deshalb auch heute, autonome kurdische Bestrebungen in Nordsyrien und Nordirak und greift deshalb  
45 das kurdische Autonomiegebiet Rojava an. Zudem unterstützte die Türkei seit Beginn des Syrischen Bürger-  
46 kriegs mehr oder weniger offen radikalislamistische Kräfte und arbeitet bis heute mit der Syrische Nationale  
47 Armee zusammen, die nach Informationen von Amnesty International für Folter, Verschleppung und Mord  
48 verantwortlich ist. Zudem sind Türkische Streitkräfte seit 2015 selbst in kurdische Gebiete, auf dem Staatster-  
49 ritorium Syriens einmarschiert, was qua Definition einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg bedeutet.

50 Bodentruppen und Luftangriffe auf die Kurd\*innen richtet sich nach Aussagen der türkischen Seite nur als  
51 Antiterror-Maßnahmen gegen die PKK, die in der Türkei tatsächlich Angriffe auf staatliche und zivile Ziele aus-  
52 geübt hatte, aber eben auch gegen die YPG, die im Kampf gegen den selbsternannten IS auf Seiten der USA und  
53 der Nato gekämpft hatte und entscheidend an der Zurückdrängung der radikalislamistischen Terrortruppen  
54 beteiligt war. Zudem berichten

55 Menschenrechtsorganisationen immer wieder von zivilen Opfern der Drohnen- und Luftangriffe. Aktuelle Be-  
56 richte zeigen, dass die Türkei versucht, die Kurd\*innen aus dem Grenzgebiet zu vertreiben, um ihr zusammen-  
57 hängendes Autonomiegebiet zu zerstören und eine Sicherheitszone zu errichten, innerhalb derer sie syrische  
58 Geflüchtete zwangsansiedeln wollen.

59 Nachdem die kurdischen Verbündete im Kampf gegen den IS als wichtigste Unterstützung gesehen wurden,  
60 wurden sie angesichts der türkischen Bedrohung fallen gelassen und dem Angriff eines, ihnen übermächtigen,  
61 Militärs schutzlos ausgeliefert. Tatsächlich verringerten einige Nato- und EU-Länder, u.a. Schweden und Finn-  
62 land, jedoch ihre Waffenexporte und gewährten geflohenen Kurd\*innen Schutz und Asyl. Dass Nato-Staaten  
63 und damit Partner der Türkei in einem Bündnis für liberale Werte und Demokratie politische Geflüchtete aus  
64 der Türkei aufnehmen müssen zeigt, dass die Türkei schon lange nicht mehr in dieses angebliche Wertekon-  
65 strukt Nato passt. Die Türkei, die sich in den vergangenen Jahren immer weiter zu einer stabilen Autokratie  
66 gewandelt hat, die völkerrechtswidrige Kriege führt, die die Sicherheit von Armenien und der EU-Partner Grie-  
67 chenland und Zypern und die fragile Stabilität in Libyen bedroht, ist nur aus strategischen Interessen weiterhin  
68 ein Nato-Partner, gemeinsame Werte sind nicht zu erkennen.

69 Dass sich die Nato nun bei der Aufnahme der beiden liberalen Demokratien Schweden und Finnland, die  
70 zweifelsohne jede Berechtigung zu diesem Beitrittsgesuch und auch zum Beitritt haben, von der autoritären  
71 und menschenrechtsfeindlichen Türkei erpressen lässt, ist nicht akzeptabel. Durch ein Abkommen zwischen  
72 Schweden, Finnland und der Türkei, zeigen die beiden skandinavischen Länder nun Bereitschaft, angebliche  
73 Terrorverdächtige an die Türkei auszuliefern, was sie zuvor abgelehnt hatten. Dabei hatte die Türkei Schweden  
74 sogar eine

75 Namensliste übergeben, was ein krudes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit seitens der Türkischen Regierung  
76 offenlegt. Zusätzlich werden Schweden und Finnland ihre Waffenembargos aufheben, mehr Zusammenarbeit  
77 mit der Türkei in Außen- und Sicherheitsfragen anstreben und zudem die Unterstützung kurdischer Einrichtun-  
78 gen beenden. Die kurdische Exilgemeinde verliert dadurch finanzielle Mittel, Räumlichkeiten und Einfluss und  
79 muss zudem fürchten, künftig leichter von türkischen Behörden überwacht zu werden, was in Deutschland  
80 längst geschehen ist. Die USA kündigten wenige Stunden nach dem Aufnahmebeschluss der beiden skandina-  
81 vischen Staaten an,

82 eine Modernisierung der türkischen Luftwaffe zu unterstützen und dabei wohl auch Kampfflugzeuge zu liefern,  
83 was sie bisher abgelehnt hatten.

84 Mit diesen Abkommen legitimieren die aktuellen Nato-Staaten und die beiden zukünftigen die türkische Dik-  
85 tatur und ihren Kampf gegen die Kurd\*innen. Die Nato sieht nicht länger nur passiv weg, wenn die Türkei  
86 Kurd\*innen verfolgt, vertreibt und ermordet, sondern sie unterstützt diese

87 Taten mehr und mehr aktiv. In einer Zeit, in der sich Deutschland und Europa an die Seite der

88 Ukraine gegen einen verbrecherischen russischen Angriffskrieg stellen und zu Recht ihren Zusammenhalt mit  
89 der Ukraine zeigen, sollten wir nicht gleichzeitig die Türkei dabei unterstützen, wenn sie einen brutalen verbre-  
90 cherischen Krieg gegen Rojava führt, sondern ebenso demonstrativ einen Schulterschluss mit den Kurd\*innen  
91 zeigen und die türkische Aggression, ebenso wie die russische, klar benennen und sanktionieren, nicht noch  
92 unterstützen.

93 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Türkei bereit war, Menschenrechte für einen möglichen EU-Beitritt um-  
94 zusetzen. Die islamisch konservative AKP hatte zugunsten eines möglichen Beitritts sogar die größten Zuge-  
95 ständnisse an Menschenrechte und Autonomierechte für die Kurd\*innen umgesetzt. Die konservativen Kräfte  
96 in Deutschland und Frankreich verhinderten den EU-Beitritt der Türkei jedoch, weshalb die türkische Regierung  
97 den Ansporn für die Umsetzung der Menschenrechte verlor, besonders, da sie über den unsäglichen EU-Türkei  
98 Migrations-Deal zusätzliches Erpressungspotential gegenüber der EU erhielt. Aus dieser Erfahrung zeigt sich,  
99 dass auf die Türkei Druck aufgebaut werden kann und muss, um sie zur Einhaltung der Menschenrechte und  
100 zur Beendigung ihres völkerrechtswidrigen Krieges gegen die Kurd\*innen zu bewegen.

101 Wir fordern deshalb:

102 Die Bundesregierung muss öffentlich ihre Solidarität mit den Kurd\*innen aussprechen und die türkische Ag-  
103 gression auch innerhalb der Nato klar benennen. Deutschland muss die Autonomiebestrebungen des kur-  
104 dischen Volkes unterstützen, die Autonome Region Rojava anerkennen und das kurdische Vereinswesen in  
105 Deutschland unterstützen und schützen.

106 Türkische und kurdische Oppositionelle, auch Angehörige der PKK, dürfen nicht an die Türkei ausgeliefert  
107 werden, sondern müssen innerhalb Deutschlands und der EU Schutz erhalten und in Einzelfällen gerichtli-  
108 chen Verfahren die Beurteilung von angeblichen Terrorist\*innen überlassen werden und keine politischen  
109 Auslieferungen gestattet werden.

110 Die Bundesregierung muss ein Waffenembargo gegen die Türkei aussprechen und sich innerhalb der EU und  
111 Nato dafür einsetzen, dass die übrigen Partner sich diesem Embargo anschließen. Für den Fall, dass die Türkei  
112 ihre verbrecherischen militärischen Aktionen auf syrischem Territorium nicht beendet, müssen wirtschaftliche  
113 Sanktionen und solche gegen die handelnden Personen vorbereitet und im Ernstfall vollzogen werden.

114 Die Türkei kann unter ihrer aktuellen politischen Führung und deren Maßnahmen kein "normaler" Nato-  
115 Partner mehr sein. Die Türkei sollte innerhalb der Nato in einen Schwebezustand versetzt werden, der sie  
116 von der Einstimmigkeit ausnimmt und nicht die Rechte einer vollwertigen Mitgliedschaft ermöglicht. Die Bun-  
117 desregierung muss sich dahingehend innerhalb der Nato einzusetzen.

118 Nur mit diesen Maßnahmen kann Frieden für die Kurd\*innen und die türkische Opposition erreicht werden  
119 und die völkerrechtswidrigen Angriffe beendet werden. Wir brauchen eine klare Linie für Menschenrechte und  
120 Demokratie in unserer Türkeipolitik.

## Antragsteller\*innen

**E-Mail:** maximilian.janicher@spd.de

**Telefon:**